



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/38 - 15.2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Berührungspunkte sind gegeben - vor dem Ende der Berlin-Konferenz	S. 1
Frankreich vor schweren Auseinandersetzungen	S. 3
Neue Ministerialfunktion: Gruppenleiter	S. 5
Seebohms Wunderlösung	S. 6

Kampf um die Schlußverlautbarung in Berlin

Von Herbert Wehner, M.d.B.

Die Außenminister der vier Besatzungsmächte treten in den Abschnitt der Berliner Konferenz ein, in dem entschieden wird, auf welche Weise in den nächsten Wochen und Monaten die Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit von den Besatzungsmächten behandelt werden sollen. Die Vorbereitungen zum vorläufigen Abschluß der Viermächte-Konferenz haben begonnen.

Die Außenminister sehen die Darlegung der Standpunkte ihrer Regierung zur Deutschland-Frage und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit als nahezu beendet an. So stehen sie vor der Aufgabe, zu erklären, wie sie sich die Fortsetzung der praktischen Behandlung der Probleme selbst und der in Berlin dargelegten Lösungsvorschläge denken.

Es wird von Bedeutung sein, in welcher Weise die Außenminister in einer Abschlußverlautbarung das Ergebnis der Berliner Beratungen umschreiben werden und ob sie sich instande sehen, festzustellen, daß ihre Stellvertreter, Sachverständigen-Kommissionen und die Echen Kommissare beauftragt werden, in der nächsten Zeit Vorlagen für weitere Verhandlungen auszuarbeiten und Erleichterungen für den innerdeutschen Verkehr zu gewährleisten, die zu einer gewissen Normalisierung der Beziehungen der Deutschen

untereinander beitragen können.

Der sowjetische Außenminister hat am 10. Februar vorgeschlagen, die vier Besatzungsmächte sollten die Verpflichtung übernehmen, "die Berührungen fortzusetzen, die auf eine befriedigende Lösung der Deutschlandfrage im Einklang mit den Grundsätzen der Aufrechterhaltung des Friedens und der nationalen Freiheit sowie auf die Wahrung der Rechte aller anderen europäischen Staaten gerichtet sind". Der amerikanische Außenminister sagte dazu "...was natürlich auch die Vereinigten Staaten zu tun bereit sind". Hier ist möglicherweise ein Berührungspunkt, der unter Umständen, wenn auf beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden ist, zu einem Ansatzpunkt für konkrete Schritte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands werden kann. Darüber wird bis zur Fixierung der Schlußverlautbarung Klarheit geschaffen werden müssen.

Bisher hat man allerdings leider feststellen müssen, daß die Außenminister keinen besonderen Wert darauf gelegt haben, Berührungspunkte zu Ansatzpunkten für Verhandlungen zu gestalten. Wenn es in EU behilfen geschehen ist, zum Beispiel mit der Feststellung des französischen Außenministers, daß nach einem Vorschlag Molotows das Reichstagswahlgesetz vom Jahre 1924 als Grundlage eines für die Wahl zur gesamtdeutschen Nationalversammlung auszuarbeitenden Wahlgesetzes genommen werden könne, sind solche Feststellungen in der Regel nicht weiter entwickelt worden. Denn man hat einander auf dieser Berliner Konferenz zwar gefragt, angeklagt und Pläne vorgetragen, aber verhandelt hat man bisher noch nicht.

Die in Berlin vorgetragenen und debattierten Pläne müssen Gegenstand gründlicher Untersuchungen jeder der vier Regierungen sein. In deutscher Interesse ist zu hoffen, daß dies geschieht. Dann wird unter Zuhilfenahme der diplomatischen Kanäle weiter geklärt werden können, welcher Teil des Gesamtkomplexes der deutschen Frage als verhandlungsreif zu betrachten ist. Außerdem kann die Konferenz selbst bis zur nächsten Zusammenkunft der Außenminister Sachverständigen-Kommissionen mit der Ausarbeitung von Vorlagen beauftragen, nachdem man leider darauf verzichtet hat, schon während dieser Konferenz solche Kommissionen arbeiten zu lassen. Das ist wenig, wenn

man daran denkt, wie brennend besonders die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und Berlin eine grundlegende Änderung ihrer Lage wünschen, die eben nur durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit möglich ist. Aber auch die geringste Chance zu fortschreitender positiver Lösung der zentralen deutschen Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit muß aufgegriffen, gefördert und entwickelt werden.

In manchen Kreisen spielt man mit dem Gedanken einer separaten Abschlusserklärung der Westmächte. In der Pankower Sowjetzonenregierung liebäugelt man mit Druckmitteln, in der Bundesregierung nahestehenden Kreisen spricht man von einem etwas dramatisch anmutenden feierlichen Akt, der nach Schluß der Konferenz vonstatten gehen soll, um der Enttäuschung Deutschlands über das Nichtzustandekommen einer Viermächte-Übereinkunft zur Wiederherstellung der deutschen Einheit Ausdruck zu geben. Worauf es aber wirklich ankommt, das ist die Einwirkung auf die vier Besatzungsmächte, diese dem Ende zugehende Berliner Konferenz als den Anfang konkreter Beratungen und Behandlungen über die baldige positive Lösung der deutschen Frage zu betrachten und zu behandeln.

Die Außenminister kehren bald aus Berlin in ihre Hauptstädte zurück. Sie wissen jetzt, was jede Seite vermeiden möchte und sind versehen mit einer Anzahl von Verhandlungsgegenständen zum Thema der Entspannung der internationalen Lage. Sie dürfen sich in der deutschen Frage nicht dem Irrtum hingeben, sie ließe sich auf der Grundlage der Beibehaltung des Status quo, der fortdauernden Teilung Deutschlands, ordnen. Aus Berührungspunkten können und müssen Anknüpfungspunkte zu Verhandlungen und Übereinkommen werden.

In der Schlußvorlautbarung der Berliner Konferenz muß dieses Bestreben sichtbaren Niederschlag finden.

+ + +

Neue Offensive um EVG-Vertrag

G.S.-Paris, Mitte Febr.

Trotz oder vielleicht wegen der Berliner Konferenz ist der Kampf um die Ratifizierung des EVG-Vertrages erneut entbrannt. Einen nicht zu unterschätzenden Aufschwung hat die Offensive der EVG-Gegner durch den langen Bericht erfahren, den der Sozialist Jules Moch der außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung vorlegte. Wohl selten ist wie in diesem 180 Druckseiten umfassenden Dokument eine so gründliche Attacke gegen den EVG-Vertrag vorgetragen worden. Wenn Jules Moch einleitend erklärt, daß die "Abstimmung über die Ratifizierung an historischer Bedeutung der gleichzusetzen ist, die im Juli 1940 stattfand", so wird man den Verfasser kaum der Übertreibung beschuldigen können. Zahlreiche Franzosen glauben, daß die Abstimmung über die Ratifizierung noch wesentlicher sei als jene, in der Pétain in den Niedergangstagen Frankreichs von einer willfährigen und erschrockenen Nationalversammlung unbeschränkte Vollmachten erhielt.

An dem Dokument Jules Mochs ist weniger die Argumentation interessant als der leidenschaftliche Ton, in dem darauf hingewiesen wird, daß sich "Frankreichs Schicksal" in diesen Tagen entscheiden werde. Jules Moch fordert eindeutig, daß "jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen entscheiden muß" und daß bei dieser Abstimmung von irgendeiner Parteidisziplin nicht die Rede sein könne.

Diese Feststellung ist viel bedeutender, als zunächst angenommen werden kann. Die Chefs der Sozialistischen Partei haben beschlossen, vor der Ratifizierungsdebatte einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen; sollte sich eine Mehrheit für den EVG-Vertrag aussprechen, so soll nach Absicht der Mehrheit des Vorstandes allen sozialistischen Abgeordneten strenge Disziplin auferlegt werden. Bereits jetzt ist innerhalb der Sozialistischen Partei ein heißer Kampf um diese Frage entbrannt. Dem Argument der Parteidisziplin halten die EVG-Gegner entgegen, daß man in einer "Gewissensfrage von ungeheurem Ausmaß" nicht "Disziplinfragen" aufwerfen dürfe. Es steht noch keineswegs fest, ob sich Jules Moch, Daniel Mayer und deren Freunde in der Nationalversammlung einem solchen Parteibeschluss fügen würden; die Konsequenzen einer derartigen Haltung könnten sehr ernst sein.

Die EVG-Gegner haben für ihre neue Offensive einen Beistand gefunden, den sie nicht erhofften. Mit allen Mitteln der Propagandakunst wird die von dem französischen Außenminister (und seinen westlichen Kollegen) in Berlin abgegebene Erklärung ausgenutzt, daß ein

wiedervereinigtes Deutschland nicht durch den EVG-Vertrag gebunden wäre. Diese Erklärung wird als "völlig neu" und "sensationell" dargestellt und mit der Behauptung verbunden, daß "nur Deutschland" im Rahmen des EVG-Vertrages frei wäre, "auszubrechen", wann es wolle, während die anderen Vertragspartner in "gefährlicher Weise" gebunden seien.

Die Regierung indessen "schwimmt", wenn man sich so ausdrücken darf. Weder Staatssekretär Maurice Schumann noch Ministerpräsident Laniel wollten sich vor der außenpolitischen Kommission des Parlaments auf irgendeine Haltung festlegen lassen. Hingegen wird hinter den Kulissen eifrig an der Ausarbeitung eines Kompromisses gearbeitet, um gewisse Gegner des EVG-Vertrages zum Einschwenken zu bewegen. Der von Bidault gebilligte Plan einiger Regierungsvertreter sieht vor, jene (insbesondere gaullistischen) Elemente für die Ratifizierung zu gewinnen, die nicht im Prinzip gegen die Wiederbewaffnung, sondern nur gegen ihre "integrierte" Form sind. Mit anderen Worten: Den Anhängern einer europäischen Koalitionsarmee (wie de Gaulle) soll vorgeschlagen werden daß Frankreich sich bemühen wird, von den Vertragspartnern mehr oder minder den Verzicht auf die militärische Integration und den zumindest zeitweiligen Verzicht auf die Schaffung einer europäischen Behörde zu fordern. Ein gefährliches Spiel für die Regierung, da die der EVG ergebenen Sozialisten die Schaffung einer europäischen Behörde zur hauptsächlichsten Voraussetzung ihrer Zustimmung machen ..

Auch wenn die Berliner Konferenz, was die deutsche Frage anbelangt völlig negativ ausgehen sollte, wird die Regierung wahrscheinlich gezwungen sein, etwas Wasser in ihren europäischen Wein zu gießen, um eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erhalten; Das ist der Hauptpunkt, der jetzt ziemlich eindeutig ist. Für die Richtigkeit dieser Beurteilung spricht auch die Tatsache, daß Bidault, kurz vor seiner Abreise nach Berlin, mit Vertretern der "nationalen Kräfte" (d.h. mit einigen Gaullisten und Konservativen) sprach und seinen Wunsch nach einer "möglichst großen Mehrheit" für den EVG-Vertrag zum Ausdruck brachte. Was hat Bidault ihnen versprochen?

Wie dem auch sei, es wird einen Kampf aufs Messer geben und der Hauptgegner aller Verneiner des EVG-Vertrages wird der frühere Außenminister Robert Schuman sein. Er hat in der außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung kein Geheimnis daraus gemacht, daß er die Interpretation Bidaults (ein wiedervereinigtes Deutschland sei durch den EVG-Vertrag nicht gebunden), in keiner Weise billigt.

Neue Ministerialfunktion: Gruppenleiter

W.B. Gleich nach den Bundestagswahlen ließen führende Koalitionsvertreter verlauten, daß bei der Regierungsbildung auch die Schaffung eines Ministeriums für Jugendfragen vorgesehen sei. Vertraulich wurde noch hinzugefügt, daß damit einem besonderen Wunsche des Herrn Bundeskanzlers entsprochen werden sollte. Selbstredend erfolgten zugleich in der Presse die entsprechenden Personal-Kombinationen. Nicht die Frage, ob ein Jugendministerium kommt, sondern wer wird "Jugendminister" stand im Vordergrund.

Nun - diese Kombinationen waren mehr als vorläufig. Dr. Adenauer operierte seinen Wunsch, wenn er ihn überhaupt jemals hatte, seiner Sammlungsstrategie gegen die Sozialdemokraten. In dem Mammutkabinett gibt es keinen Jugendminister.

Die Jugendverbände haben sowieso nicht daran geglaubt. Ihre Wünsche und Vorstellungen waren viel bescheidener. So beschränkten sich ihre Forderungen darauf, man solle die ministerielle Behandlung von Jugendfragen von der bisherigen Referatsebene auf die Kompetenzen einer selbständigen Abteilung im Bundesinnenministerium überleiten.

Mit allem Nachdruck unterstrich der Deutsche Bundesjugendring diesen Vorschlag noch einmal auf seiner 9. Vollversammlung im November vorigen Jahres in Hamburg. Bundesinnenminister Dr. Schröder, der der Tagung beiwohnte, ging zwar auf konkrete Fragen einer ministeriellen Neuordnung nicht ein, versprach aber, die Wünsche der Jugendverbände untersuchen zu wollen.

Nun, in der Tat es war gut, daß er nicht konkret Stellung nahm. Warum sollte er auch seine Vorstellung beim Deutschen Bundesjugendring mit einer Enttäuschung für die jungen Delegierten verbinden? Wahrscheinlich wußte er schon damals, daß das Produkt seiner Untersuchung dieser Frage nicht den Wünschen der Jugendorganisationen entsprechen konnte.

Auf der Suche nach einer Lösung der Schwierigkeiten fand man einen Mittelweg. Eine neue Ministerialinstanz wurde geschaffen. Arbeitsgruppe nennt sich diese neue Schöpfung. Arbeitsgruppe "Jugend und Sport" eine neue Ministerialstufe, die etwas mehr ist, als ein Referat und doch entsprechend weniger als eine eigene Abteilung. Sozusagen

"Gruppenleiter" wurde Ministerialdirigent Dr. Kessler mit derzeitigem Sitz im Finanzministerium. Wegen der räumlichen Trennung ist die Gruppenbetreuung noch nicht perfekt; das kann aber noch geändert werden.

Ist diese Postlegung nun als Schlußpunkt oder nur als vorübergehendes Stadium einer eingeleiteten Entwicklung zu werten? Man sollte diese Frage noch offen lassen - im Gegensatz zu einer Reihe schon sehr pessimistisch gewordener Jugendvertreter, die jetzt schon soufflen: Lasset alle Hoffnung fahren.

+ + +

Wundermittel EVG

ae. Noch ist in Erinnerung, wie das tausendjährige Reich mit der Arbeitslosigkeit fertig wurde. Millionen Menschen lagen in der Zeit der großen Wirtschaftskrise auf der Straße. Für eine planmäßige Arbeitsbeschaffung fehlte angeblich das Geld und wohl auch der gute Wille.

Dann kam Hitler. Die Feindschaft großer Teile der Großindustrie gegen die Weimarer Demokratie trug löhnende Früchte. Die Arbeitslosen verschwanden, und die Rüstungskönige schwammen in Profiten -, Sechs Jahre nach der Machterschleichung der Nationalsozialisten startete Deutschland in Waffen.

Wiederum sechs Jahre später lag das Reich in Trümmern. Der damalige Zaubertrick Hitlers stürzte das deutsche Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte.

x

Heute gibt es in der Bundesrepublik ein Verkehrschaos, das, sollte nicht bald sinnvolle Abhilfe geschaffen werden, sich in absehbarer Zeit verhängnisvoll auswirken wird. Heute sterben auf den Straßen durch Unglücksfälle täglich 30 Menschen. In vier Jahren werden es 60 sein. Der größte Verkehrsträger, die Bundesbahn, leidet an chronischem Defizit; ihr Zusammenbruch würde den Ruin von vielen hunderttausenden Menschen bedeuten, von den Folgen für die ganze Wirtschaft abgesehen.

Die besten Köpfe zermartern sich den Kopf, wie eine Lösung gefunden werden kann, die sowohl der Bundesbahn, dem Straßenverkehr,

der Sicherheit auf den Straßen und den Bedürfnissen unserer Gesamtwirtschaft gerecht wird.

Darob kam es im Bundestag zur ersten großen Verkehrsdebatte. Der Bundesverkehrsminister Seeborn, dreifacher Doktor, machte eine ziemlich klägliche Figur. Doch ein Ausspruch von ihm verdient festgehalten zu werden. Auf die Frage eines oppositionellen Abgeordneten, wie er sich eigentlich die Überwindung des Konfliktes: Straßenverkehr-Bundebahn vorstelle, meinte der Bundesverkehrsminister: "Stimmen Sie für die EVG, dann sind alle Schwierigkeiten behoben".

Das ist ein verdammt einfaches Rezept, ähnlich demjenigen, das das Dritte Reich anwandte; mit seinen Autobahnen zeigt es sogar eine sehr deutliche Parallele zur heutigen Verquickung von Verkehrswesen und Aufrüstung. Die Folgen dürften allerdings auch die gleichen sein. Diese Art von Wundermitteln haben es in sich, daß sie Zerstörung und Chaos weitertragen, statt sie unwirksam zu machen.

+ + +

Interessante Gedanken zur Europapolitik und der Viermächte-Konferenz bringt das Februarheft der Zeitschrift "Geist und Tat" (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt /M.) in zwei längeren grundsätzlichen Aufsätzen des Herausgebers Willi Eichler und des Bundestagsabgeordneten Fritz Erler.

Im gleichen Heft nimmt Dr. Karl Hinkel Stellung zu der Frage, ob Planwirtschaft ein Ideal oder nur ein Mittel zum Zweck ist, zeigt Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer die Gefahren auf, die der deutschen Demokratie aus den Versuchen erwachsen, den Staatsbürger durch Verbote und Paragraphen zur Tugend zu erziehen, und Bundestagsabgeordneter Hellmut Kalbitzer führt die Diskussion über die Neuorientierung der SPD weiter. Darüber hinaus enthält die Nummer eine Reihe weiterer wichtiger Beiträge, neben Notizen zum Zeitgeschehen.

Diese, jetzt im neunten Jahr erscheinende Zeitschrift ist ein Beweis dafür, daß auch bei uns sich um den intelligenten und politischen Leser bemühende Publizistik möglich ist - obgleich die Auslagen der Zeitungskioske und Buchhandlungen den Zeitgenossen häufig daran zweifeln lassen.

+ + +